



DPG-Rundbrief Februar II 2020

Zynisch und heuchlerisch...

Bundesregierung gegen den völkerrechtswidrigen Siedlungsbau

Die israelische Regierung gab am 20.2.2020 bekannt, über 5.000 Wohneinheiten im von Israel völkerrechtswidrig besetzten Ost-Jerusalem bauen zu wollen und den Baustopp für die Kolonie Givat Hamatos (3.000 Wohneinheiten) aufzuheben und in der Kolonie Har Homa neue 2.2000 Wohnungen für israelische Juden errichten zu wollen.

Zu den angekündigten Siedlungsplänen sei „die Bundesregierung zu riefst besorgt“, so eine Sprecherin des Auswärtigen Amts heute (21.02.), und erklärte gebetsmühlenartig „die neuen Wohneinheiten würden das besetzte Ost-Jerusalem weiter vom Westjordanland abtrennen und daher die Möglichkeit eines zusammenhängenden und lebensfähigen palästinensischen Staates im Rahmen einer verhandelten Zwei-Staaten-Lösung untergraben“...“Die Bundesregierung ruft die israelische Regierung daher erneut dazu auf, von den Plänen zum Bau von Wohneinheiten in Har Homa und Givat Hamatos im besetzten Ost-Jerusalem Abstand zu nehmen und den völkerrechtswidrigen Siedlungsbau in den besetzten Gebieten einzustellen.“ Dabei wird auf „die Resolution 2334 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen“ hingewiesen, die „diese völkerrechtswidrige Bewertung bekräftigt.“

<https://www.auswaertiges-amt.de/de/news-und-service/israelischer-siedlungsbau/2309116>

Bundesregierung gegen Zuständigkeit des Internationalen Strafgerichtshof

Auf der anderen Seite widersetzt sich die Bundesregierung laut Haaretz vom 14.2.2020, mögliche israelischen Kriegsverbrechen in den palästinensischen Gebieten und im Gazastreifen vom Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) untersuchen zu lassen, weil diese international anerkannte Institution für die besetzten Gebiete nicht zuständig sei. Mit dieser Entscheidung distanziert sich die Bundesregierung von der o.g. Resolution 2334 und übernimmt eindeutig die israelische Haltung: Israel verweigert den Palästinensern das Recht auf Souveränität und bestreitet daher die Zuständigkeit des IStGH. Anders als Palästina hat Israel die Römischen Statuten nie unterzeichnet. Netanjahu beschuldigte den IStGH sogar des Antisemitismus.

Jochen Stahnke, Tel Aviv, FAZ vom 21.2.2020: „Nun müssen die Haager Richter entscheiden. Entweder richten sie sich gegen die deutsche Haltung und entscheiden für die eigene Zuständigkeit. Dann hätte Deutschland die Stellung des von ihm selbst mit ins Leben gerufenen und maßgeblich finanzierten Gerichtshofs geschwächt. Sollte die Entscheidung anders ausfallen, wäre schwer zu ermitteln, ob dies auf deutsches Betreiben hin geschah. Berlin hat sich mit dieser Entscheidung keinen Gefallen getan.“

<https://zeitung.faz.net/faz/politik/2020-02-21/333a1192a1dec66751e4ef0193440e3e/?GEPC=s3>